

27. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 16.12.2021

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 1

Gegenstand: Fragen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern

Fragen, Anregungen und Wünsche von Bürgerinnen und Bürgern liegen nicht vor.

**Gegenstand: Haushalte 2022 der Stadt Speyer, der Bürgerhospitalstiftung und der Waisenhausstiftung;
Haushaltsreden der Fraktionen und Gruppierungen - Beschlussfassung**

Haushaltsrede der CDU-Stadtratsfraktion – Dr. Axel Wilke:

Herr Dr. Wilke nimmt Bezug auf die aktuelle Entscheidung der Landesregierung zur Übernahme eines Teils der kommunalen Kassenkredite, die erst durch den Koalitionsvertrag in Berlin möglich wurde. Breiten Raum nimmt auch die Corona-Krise und ihre Bewältigung ein. Deshalb stellt die CDU-Fraktion für den Bereich Gesundheit und Gesundheitsfürsorge den → **Antrag** auf zusätzliche Einrichtung mindestens einer halben Stelle für eine/n Gesundheitskoordinator/in, die auch den Beitritt zum Gesunde-Städte-Netzwerk beinhalten soll.

Weitere Themen sind der städtebauliche Umgang mit dem Areal des ehemaligen Stiftungskrankenhauses, die Bewerbung um die Landesgartenschau sowie der ÖPNV. Der Einsatz einer Elektrobusflotte ab 2023 sei ein Meilenstein; ebenso die Reaktivierung der Shuttlebus-Linie. Die Verkehrslenkung in der Innenstadt bedarf nach dem Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion eines differenzierten Verkehrslenkungskonzepts, sonst drohe den Anwohnern in der Schützenstraße und anderen Ausweichrouten eine Katastrophe.

Zur Umsetzung des Wohnraumkonzepts und des Bündnisses für bezahlbaren Wohnraum beantragt die CDU wie Wiederaufnahme der Planungen für die Bebauung am Mausbergweg, wenn personell wieder Kapazitäten vorhanden sind. Die Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes sowie die erforderlichen Maßnahmenpakete, Katastrophenschutz (mit Umsiedlung THW und Bau einer Rettungswache), sowie Aspekte der Kinder- und Jugendarbeit und des Kultursektors werden ebenfalls erörtert.

Die CDU-Fraktion kann dem Haushalt unter Aufnahme des o.a. Antrags zustimmen.

Haushaltsrede der SPD-Stadtratsfraktion – Philipp Brandenburger:

Auch Herr Brandenburger befasst sich ausführlich mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie, die für ihn persönlich am 13. März 2020 mit der Schließung der Schulen begann. Die Finanzlage der Stadt ist angespannt und alles andere als gut. Erschwerend käme hinzu, dass Bund und Land das Konnexitätsprinzip nicht einhalten und damit den städtischen Haushalt belasten. Die Haushaltsrede der Finanzministerin mit der Zusage der Übernahme der ½ Kassenkredite sei eine Überraschung gewesen.

Die Aufwertung des Postplatzes als Aspekt der Stadtentwicklung und die Verdrängung des individuellen, motorisierten Verkehrs in die zweite Reihe werden erläutert. Es werden Erinnerungen an die Diskussionen der 80er Jahre um die Maximilianstraße wach. Zur Erreichung des Ziels sind attraktive Buslinien notwendig. Als wichtige Aspekte werden weiterhin die Entwicklung der Stadtteile und Quartiere sowie der Wohnungsbau beleuchtet. Unabhängig vom Ausgang sei der Prozess zur Landesgartenschau bereits jetzt ein Gewinn.

Kritisch gesehen werden Vorhaben wie die Einzäunung des Binsfeldes, die Entwicklung der Friedhofs-AG, die Initiative am Ziegelofenweg oder die verunglückte Kommunikation um Fahrradbügel im Kämmerergebiet, die auf die Dezernentin zurückfallen; auch Fragen zur

Parkplatzsituation am geplanten S-Bahn-Halt Süd werden in diesem Zusammenhang aufgeworfen.

Die Entwicklung des Stiftungskrankenhauses in Richtung eines Gesundheits-, Pflege- und Therapiezentrums entsprechend der Stiftungssatzung, die Unterstützung von Ehrenamt, Bildung und Schulen, Sportvereinen sowie Sportanlagen, insbesondere unter dem Eindruck der Pandemieeinschränkungen, sind weitere Schwerpunktthemen.

Ein Leben ohne Kunst und Kultur wäre ein Irrtum. Dank an Speyer. Deshalb macht sich die SPD für die Kulturschaffenden stark und dankt besonders der Initiative Speyer.Kultur.Support

Man wird dem Haushalt zustimmen, aber traditionell ohne die Teile, die den Flugplatz und den S-Bahn-Halt Süd betreffen.

Haushaltsrede der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Hannah Heller:

Frau Heller spricht wieder von einem Jahr, das durch Corona belastet und von Abwägungen durchzogen ist. Sie begrüßt das Durchhalten der Verwaltung beim Weihnachtsmarkt und animiert: Bleiben Sie so flexibel und engagiert wie bisher!

Thematisch setzt sie sich mit den Auswirkungen der steigenden Inflation auf die Leute auseinander, die auf Unterstützung angewiesen sind. Notwendig sind regelmäßige Treffen und die Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden.

Gleichzeitig sollte sich die eigene Politik nicht an einer kleinen, aber lauten Minderheit orientieren. Mit Blick auf die Klimakrise kritisiert sie, dass die Konzentration darauf, wie man es allen recht machen kann, die notwendigen Schritte zur Umsetzung hemmt. Sie fordert im Stadtverkehr Vorrang für zu Fußgehende und Radfahrer*innen gegenüber motorisiertem Verkehr. Die Grünen sind es müde, zu hören, was alles nicht geht. Die Verkehrswende muss endlich vollzogen werden, ebenso ein neues Parkraumbewirtschaftungskonzept; es muss etwas kosten, den öffentlichen Raum mit Autos zuzuparken. Dabei weiß sie die große Mehrheit der Bevölkerung hinter sich. Zur Herstellung einer breiten Legitimation erinnert sie an ein Grundanliegen der Grünen, den Bürger*innenrat. Für die anstehenden Aufgaben ist Selbstinitiative erforderlich.

Die grüne Beigeordnete hat ein neues Abfallwirtschaftskonzept in Kraft gesetzt, mit Schwerpunkt auf Abfallvermeidung. Kritisiert wird, dass der Bearbeitungsstand von Stadtratsanträgen und deren Wirkung auf das Klima nicht online nachvollzogen werden können. Die Aufbringung der SDG-Ziele auf den Ratsvorlagen sage nichts aus. Notwendig sei ein vorausschauender Klima-Check in allen Bereichen. Außerdem ist eine Satzung erforderlich, die klimagerechtes Bauen einfordert. Auch Baumschutz ist Klimaschutz. Die voranschreitende Versiegelung von Flächen wird beklagt. Deshalb appelliert sie an die Verantwortlichkeit von Eigentümer*innen, bereits bestehende Flächen zur Optimierung zu nutzen.

Haushaltsrede der SWG-Fraktion – Dr. Sarah Mang-Schäfer

Auch für Frau Dr. Mang-Schäfer ist es die 2. Haushaltsrede unter besonderen Corona-Voraussetzungen. Ihr Dank geht zunächst an alle, deren persönlicher Einsatz, die Lage erträglich macht.

Sie stellt fest, dass erstmalig ein ausgeglichener Haushaltsplan vorgelegt wird, seit sie aktiv in der Ratspolitik ist. Gleichzeitig werden viele Maßnahmen aufgegriffen, die der Rat beschlossen hat oder deren Umsetzung längst notwendig wäre. In diesem Zusammenhang

bekräftigt sie die Forderung nach mehr Transparenz bei der Umsetzung von Anträgen durch die Verwaltung.

Im Zusammenhang mit den Liquiditätskrediten hinterfragt sie die Sinnhaftigkeit mancher Ausgaben und Förderprojekte. Die SWG vertraut auf das Fachwissen aus den Abteilungen und die eigene Expertise zur Antragsstellung. Gestellt wird der → **Antrag**, eine weitere Stelle für die fachbereichsübergreifende Projektförderung zu prüfen. Gedacht ist dabei z.B. an übergreifende Digitalisierung, wie die Zusammenfassung der touristischen Angebote in einem Portal. Dies kann die Anzahl der Übernachtungen erhöhen und ist damit nachhaltigerer Tourismus. Die Konzentration von interessanten Angebote in einem Geoportal, vergleichbar dem Mängelmelder, sollte auch interaktive Meldemöglichkeiten eröffnen, z.B. für barrierefreie Angebote oder den Hinweis, wenn diese weggefallen sind.

Hinsichtlich der Verkehrsführung wird ein mutiger Schritt zur Erweiterung der Fußgängerzone gefordert, verbunden mit einer Verbesserung des ÖPNV und einer digitalen Parkverkehrsleitung. Die angedachten Gelder für die Landesgartenschau sollte man direkt in einzelne Projekte umleiten und keinen zusätzlichen Besucherverkehr an Tagestouristen generieren.

Haushaltsrede der AfD-Fraktion – Benjamin Haupt

Nach seiner Auffassung ist die Stadtspitze der lebende Beweis für die Gleichstellung; dort müssten eigentlich Männer hineinquotiert werden, wenn man das ernst nimmt.

Er konstatiert wachsende Unruhe in der sich ständig verschlechternden Stadt Speyer, die zu Verdruss führt. Er kritisiert undemokratische Einschränkungen der Redefreiheit, obwohl sich alle Befürchtungen der AfD bestätigt haben. Im vorausgreifenden Gehorsam werde von den Mehrheitsfraktionen an der Schraube gedreht. Gleichzeitig laufe ein Weihnachtsmarkt trotz aller Corona-Beschränkungen. Ungeimpfte werden dabei behandelt wie Aussätzige und Verdachtsfälle. Das zeige die Absurdität dieser Politik. Gleichzeitig lässt sich die OB ihr Gehalt auf über 10.000 € erhöhen, wo bleiben da Nächstenliebe und Nachbarschaftshilfe? Laut Presse soll es 20 Kräfte mehr im Vollzugsdienst geben – fragt sich wofür? Für die Verkehrsüberwachung kann es ja nicht sein, wenn gleichzeitig laufend Parkplätze abgebaut werden. Vielleicht gibt es ja einen Zusammenhang mit hohen Zahl an Einbrüchen. Man könnte sie einsetzen bei der Tafel gegen die sogenannten Bedürftigen oder gegen die zunehmende Bedrohung von Anwohnern in Speyer-Nord durch AfA-Bewohner.

Gipfel der Doppelmoral sei aber die Super-Spreader-Party der CDU mit Polonäse und wer weiß, was sonst noch; er dankt Herrn Stein für die Berichterstattung. So sei es kein Wunder, dass Bürger ihr Recht auf Versammlungsfreiheit wahrnehmen, wie am vergangenen Montag, und für Frieden und Freiheit demonstrieren, was wiederum mit reflexartiger Verurteilung und Stigmatisierung quittiert wird. Er zitiert noch einige Haushaltspositionen und bezeichnet den Haushalt 2022 als Fall für den Rechnungshof.

Abschließend ruft der die Zuschauerinnen und Zuschauer zu Hause auf, aufrecht zu bleiben und spazieren zu gehen, den Fernseher auszuschalten und manches Zeitungsabonnement abzubestellen. Geimpfte und Ungeimpfte sind Menschen. Die AfD wünscht ein christliches Weihnachtsfest.

Haushaltsrede der FDP-Fraktion – Mike Oehlmann

Die Konsolidierung des Haushalts ist von jeher Schwerpunkt der FDP. Aber die Forderungen verhalten jedes Jahr bei vielen Fraktionen. Beklagt wird eine Vielzahl hoher Fixausgaben bei fragiler Einnahmesituation. So wurde auch 2020 bewusst eine Rechtsverletzung des Haushaltsausgleichs durch die Mehrheit im Rat beschlossen, wie auch die ADD feststellte. Beklagt wird der Niedergang der freien Finanzspritze. Ein solches politisches Wirtschaften muss ein Ende haben.

Auch wenn der Haushaltsentwurf 2022 trotz aller Widrigkeiten ausgeglichen ist, darf man das nicht unbedingt für die Zukunft erwarten. Dies zeige, wie evident eine funktionierende Wirtschaftsförderung ist, wie von der FDP immer gefordert. Neuansiedlungen sollten nach bestimmten Kriterien erfolgen (z.B. Gewerbesteuerkraft, Arbeitsplätze, Klimaschutz). Es sei ein Fehler, auf die großen Flächen im Norden zu verzichten, was einen Verlust für Wohnbau- und Gewerbeflächen bedeutet. Auch eine Zweckentfremdungssammlung, mit einem Sammelsurium von Restriktionen für die Bürger, ist aus seiner Sicht verzichtbar. Sich darüber Zugang zum Eigentum Dritter zu verschaffen, ist mit der FDP nicht zu machen.

Interessant sei ein gemeinsames Gewerbegebiet mit Römerberg-Dudenhofen, mit dem Polygongelände direkt an der Gemarkungsgrenze. P+R auf dem Polygon hat die FDP bereits 2018 gefordert, was jetzt von der CDU aufgegriffen wird. Ebenso wurde ein digitales Verkehrsleitsystem bereits 2018 ins Gespräch gebracht. Der Innenstadthandel erlebt einen Strukturwandel, bleibe aber das Pfund der Stadt. Wiederholt wird auch die Forderung nach einer zweiten Rheinquerung parallel zur Salierbrücke. Eine Verkehrswende sei nicht gleichbedeutend mit der völligen Verbannung des Autos aus der Stadt. Deshalb sei die Sperrung der Gilgenstraße unverhältnismäßig und kontraproduktiv. Mobilität on demand müsse kommen. Die Übernahme der Verkehrsüberwachung vom Land dagegen ist für die FDP ausgeschlossen, vor allem aus haushalterischen Gründen. Man setze vielmehr auf stationäre Maßnahmen an neuralgischen Stellen. Er wendet sich gegen eine überverhältnismäßige Überwachung und Bußgeldverhängung, um das Vorhaben überhaupt finanzierbar zu machen.

Die finanzielle Unterstützung von Kultur und Vereinen stößt an die Grenzen der freiwilligen Leistungen, gesetzt von der ADD.

Die FDP fordert Bürgerbüros ohne Terminvereinbarung. Wochenlange Wartezeiten seien nicht zumutbar.

Es sei ein weiterer kontinuierlicher Abbau der Liquiditätskredite erforderlich, die mit ca. 70 Mio. € immer noch besorgniserregend hoch sind. Gleichzeitig werde das Konnexitätsprinzip nicht beachtet.

Kritisiert wird die Stellenmehrung im Stellenplan. Die FDP fordert eine Senkung der Personalkosten. Mit über 1000 Stellen ist die Stadtverwaltung einer der größten Arbeitgeber in der Stadt. Dabei setzt man auf eine Verwaltungsreform und umfassende Veränderungen durch die Digitalisierung. Die viel zitierten Probleme bei der Personalgewinnung können nicht an der gar nicht so schlechten Bezahlung liegen.

Die Bewerbung um SmartCity-Fördermittel sei richtig. Die Landesgartenschau ist keine Blümchenschau, sondern eine hochwertige Entwicklungsmöglichkeit für die Stadt und auch eine wirtschaftsfördernde Maßnahme für die Region. Außerdem trägt sie zur Standortattraktivität bei. Insoweit sei die Argumentation der SWG nicht nachvollziehbar, die ihrerseits rund 1 Mio. € Mehrausgaben durch die nicht notwendige Vergrößerung des Stadtvorstandes zu verantworten hat.

Abschließend wird appelliert, endlich die Risikovorsorge anzugehen, nachdem die langanhaltende Pandemie weltweit zu Unsicherheiten führt. Der Haushalt sei zwar noch nicht optimal, aber im Sinne der FDP, daher werde man zustimmen.

Haushaltsrede Fraktion Die Linke – Aurel Popescu

Vieles aus der letzten Haushaltsrede wäre auch heute zu wiederholen. Bemerkenswert sei der Zusammenhalt in schwierigen Zeiten - mit Ausnahme einiger Kräfte, die sich an nichts beteiligen und der Gemeinschaft damit einen Bärendienst erweisen. Es mache ihn persönlich wütend, wenn 300 selbsternannte „Querdenker“ durch die Stadt ziehen; Polizeipräsenz? Fehlanzeige! Auflagen der Stadt? Fehlanzeige! Er beklagt die Diskrepanz zu den Corona-Auflagen, die für Termine von Fridays for future oder bei den Gastronomiebetrieben verlangt werden. Die Innenstadt verliert Schritt für Schritt Lebensqualität durch langsam sterbende Betriebe. Und die Kultur wird durch empfindliche Anwohner „aus dem Paradies“ vertrieben. Kultur, Toleranz, Lebensfreude sind der Slogan der Stadt. Dieser braucht Unterstützung, sonst findet er sich bald auf der Palliativstation wieder.

Die Linke fordert eine Übernahme der eigenen Aufgaben durch den Bund und das Land, oder zumindest einen Schuldenerlass und auskömmliche Finanzierung.

Die Sportvereine müssen in Pandemiezeiten unterstützt werden. Deshalb gab es einen einstimmigen Beschluss im Sportausschuss auf höhere Zuschüsse, der sich in der Haushaltsvorlage aber nicht findet. Er stellt daher den → **Antrag** auf Erhöhung der Sportfördermittel im Haushalt 2022 von 200.000 auf 250.000 €

Den enthemmten Kräften des freien Marktes müsse angesichts fehlendem, bezahlbarem Wohnraum entgegengewirkt werden. Die Anträge auf Zweckentfremdungssatzung und eine Millieuschutzsatzung gehen bis ins Jahr 2019 zurück und drohten schon, zu verstauben. Jetzt werden sie wieder aufgegriffen.

Der motorisierte Individualverkehr und Parksuchverkehr nimmt zu. Daher sei der Prüfantrag auf ein umlagefinanziertes Bürgerticket der richtige Weg. Die geplante Sperrung der Gilgenstraße sei, mangels Alternativen, ein Narrenstück. Ausweichverkehr und Staus in den anderen Straßen werden dadurch zunehmen. Die Linke unterstützt keine Aussperrung des Autoverkehrs ohne entsprechendes ÖPNV-Angebot. Und die Maximilianstraße sei weder eine Fußgängerzone noch eine Flaniermeile, dazu müssten jeglicher Autoverkehr und auch die Radfahrer raus.

Die Linke wird dem Haushalt zustimmen, wenn die Erhöhung der Sportfördermittel einfließt. Traditionell verweigere man die Ansätze für den Flugplatz und den S-Bahn-Halt an der bislang vorgesehenen Stelle.

Haushaltsrede der BGS – Claus Ableiter

Viele Dinge aus der vorangegangenen Haushaltsrede könne er unterstützen: Vereine, Ehrenamt, Wohnen.

An die Corona- und Impfkritiker gerichtet macht er deutlich, die Sterberaten in Alten- und Pflege-Einrichtungen zeigten, dass es sich um eine schwere Krankheit handelt.

Die Größe einer Stadt zeige sich nicht in ihren Bauten. Er berichtet von Beleidigungen gegenüber den Bauarbeitern auf der Rheinbrücke, solche Respektlosigkeiten sind zu vermeiden, auch gegenüber der Landwirtschaft. Eine Gesellschaft, die so etwas zulässt, ist geistig nicht gesund.

Wichtig sei eine Weiterentwicklung von Gewerbebetrieben mit solider Gewerbesteuerzahlung in der Stadt.

Die BGS freut sich über die Entstehung der Feuerwache Nord und die Neugestaltung des Frauenhauses. Leider gibt es auch Positionen, die nicht unterstützt werden, z.B. der Bau eines Kindergartens in Nord mit einer Mindest-Außenfläche. Sein ausdrücklicher Dank geht an die Unterstützer, die sich gegen diesen Wahnsinn und für die Vernunft engagiert haben, von der sich Verwaltung und Stadtrat so weit entfernt haben.

Er fordert eine Nutzung des Stiftungskrankenhauses für altengerechte Wohnungen. Es dürfe kein weiteres Luxusobjekt für Wohlhabende werden. Mit den dadurch freiwerdenden Wohnungen wird auch der Wohnungsmarkt insgesamt entlastet. Städtische Flächen sollten nur noch für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden.

Beim Klimaschutz wurden gewaltige Dinge beschlossen, aber wenig davon umgesetzt. Auf jedem Gebäude, das nicht denkmalgeschützt ist, sollte man ein Solardach zulassen. Dies wäre ein substanzieller Solarbeitrag für Klimaneutralität. Auch Windräder an der Autobahn sollten zugelassen werden und die Geothermie als Ersatz für die Fernwärme aus Großkraftwerk Mannheim geprüft werden. Auf dem Sankt-Guido-Stifts-Platz muss die 2. Reihe Platanen wiederhergestellt werden. Alle großen Kreuzungen oder Kreisel sind zu begrünen, auch die Pflasterfläche vor dem „Archäologischen Schaufenster“.

Auch im Baubereich muss Klimaschutz einziehen. Das Vorhaben Rabensteiner Hang sei ein Negativbeispiel für eine „Brutalobebauung“ und ein „Zuschießen mit Beton“. Weiterhin geißelt er den „Schandflughafen“ mit seinen Lustreisen von wirklich reichen Leuten und der Gefährdung der Überflogenen. Er fordert, gegen diese Klimasünde zu kämpfen.

Außerdem erwartet er von der OB, dass sie endlich eine Online-Anhörung für den S-Bahn-Halt Süd vom Bund einfordert. In der ÖPNV-Planung begrüßt er die Elektrobusse, hält die Shuttle-Linie über die Hauptstraße aber für völlig verfehlt. Der ÖPNV sollte von Nord so bequem wie möglich gemacht werden und das funktioniert nur über die bisherigen Hauptlinien.

Der Haushalt enthält zu viele Dinge, welche die BGS nicht vertreten kann, z.B. auch die Landesgartenschau als Leistungsschau des Gärtnerhandwerks, die keine öffentliche Ausgabe von 40 Mio. € rechtfertigt. Ein solches Projekt sei in Speyer mit nichts zu begründen. Ziel der Betonierfraktion war es, auf die landwirtschaftlichen Flächen zugreifen zu können.

Haushaltsrede WG Schneider – Matthias Schneider

Vor einem Jahr wurde alle Hoffnung in die Impfungen gesetzt, aber die im Schnellverfahren entwickelten Impfstoffe haben diese Hoffnungen nicht erfüllt. Mögliche unerwünschte Langzeitwirkungen sind nicht ermittelt, während die Wirkung offenbar rasch nachlässt. Deshalb sollte jedem die freie Entscheidung überlassen bleiben.

Die Pandemiemaßnahmen haben den Betrieben der Gastronomie und Hotellerie schwer zugesetzt. Trotzdem werden im Haushalt die Einnahmewerte angehoben, was seitens der WGS sehr skeptisch gesehen wird.

Die Ausgaben für die Landesgartenschau seien verfehlt, es werde viel Brimborium um faule Kompromisse gemacht. Schon jetzt werden 3,7 Mio. € Zuschussbedarf kalkuliert, erfahrungsgemäß wird der tatsächliche Fehlbetrag ein Mehrfaches ausmachen. Es wird der Bürgerinitiative hoffentlich gelingen, dieses Projekt zu Fall zu bringen.

Ein weiteres Beispiel für Verschwendung sei das Jugendhaus „Fifties“. Die tatsächlichen Kosten belaufen sich auf 71.000 €; trotz Berücksichtigung von Spenden rund das Doppelte des ursprünglich Veranschlagten. Dazu kommen noch die laufenden Kosten, die in keinem Haushalt ausgewiesen sind. Kostentransparenz ist seines Erachtens nach etwas Anderes.

Einige fahrradbetonte Wortführer nehmen die große Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger an das Gängelband eines herbeigeredeten Klimanotstandes. Er erinnert aber daran, dass auch Autofahrer Wähler sind.

Die WGS macht die illegale Masseneinwanderung verantwortlich für die Misere bei günstigen Wohnungen auf dem Wohnungsmarkt. Ein Beispiel sei das Gebäude am Birkenweg. Mit dem Abzug aus Afghanistan beginne eine neue Welle, wie der Wettlauf zwischen Hase und Igel. Die Städte entwickeln neue Bebauungsgebiete und bauen darauf hässliche Kästen, die dann sofort wieder von so genannten Asylanten belegt werden.

Die Gehaltserhöhung der Oberbürgermeisterin zum gegenwärtigen Zeitpunkt bescheinige mangelndes politisches Taktgefühl.

Die Vorsitzende fasst die gestellten Anträge für die Beschlussfassung nochmals zusammen.

Sie richtet die Nachfrage an AfD-Fraktion, wo die Fundstelle im Stellenplan betreffend der 20 neuen Stellen beim KVD sei; bisher sei dort lediglich 1 neue Stelle ausgewiesen, aber vielleicht habe man ja etwas übersehen. Herr Haupt bezieht sich auf die Presseberichterstattung in der „Rheinpfalz“, werde dies aber nachrecherchieren und dem Protokoll beifügen.

Die Beschlussfassung im Rat erfolgt nach Feststellung der Vorsitzenden auf Basis der vorliegenden Sitzungsunterlagen und nicht auf Grundlage kolportierter Presseberichte.

Nach den Haushaltsreden der Fraktionen und Gruppierungen fasst der Stadtrat folgenden

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mit 32 Stimmen mehrheitlich (bei 1 Gegenstimme: BGS, sowie 1 Enthaltung: AfD-Fraktion):

Dem Haushaltsplan 2022 wird in der von der Kämmerei zuletzt vorgelegten Fassung (Veränderungsliste zum 16.12.2021) zugestimmt.

Auf Antrag aus den Haushaltsreden werden folgende Ergänzungen beschlossen:

Stellenplan:

Auf Antrag der CDU-Fraktion wird eine zusätzliche Stelle 0,5 Gesundheitskoordinator/in aufgenommen; damit verbunden ist auch der Beschluss des aus dem Ausschuss für Stadtklima, Umwelt und Nachhaltigkeit empfohlenen Beitritts zum Gesunde-Städte-Netzwerk. Details, wie die genaue organisatorische Zuordnung, werden im Stadtvorstand und Personalausschuss noch festgelegt.

Der Antrag der SWG auf Einrichtung einer fachbereichsübergreifenden Stelle für Fördermittelmanagement wird als Prüfauftrag aufgenommen, der allerdings frühestens im 2. Quartal 2022 im Haupt- und Stiftungsausschuss beraten werden soll.

Ergebnishaushalt:

Auf Antrag der Fraktion Die Linke wird eine Erhöhung der Sportfördermittel um 50.000 € auf insgesamt 250.000 € beschlossen.

Protokollnotizen:

Die SPD-Fraktion gibt zu Protokoll, dass sie – abweichend von der Zustimmung zum restlichen Entwurf – die Teile des Haushalts ablehnt, welche den Verkehrslandeplatz Speyer und den S-Bahn-Haltepunkt Süd betreffen.

Die Fraktion Die Linke gibt den gleichen Vorbehalt zu Protokoll. Die Ablehnung des S-Bahn-Haltepunkts Süd bezieht sich lediglich auf dessen geplanten Standort.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gibt zu Protokoll, dass sie – abweichend von der Zustimmung zum restlichen Entwurf – die Teile des Haushalts ablehnt, welche den Verkehrslandeplatz Speyer betreffen.

Gegenstand: Übernahme der Geschwindigkeitsüberwachung im Stadtgebiet Speyer
Vorlage: 0735/2021/1

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Vorsitzende verweist auf die, gegenüber dem Haupt- und Stiftungsausschuss, geänderte Vorlage und die ergänzenden Unterlagen

Herr Schneider erkundigt sich, ob bei den 700.000 € die Investitionen und Personalkosten schon verrechnet sind. Laut Frau Beigeordneter Frau Münch-Weinmann handelt es sich dabei um die reinen Bruttoeinnahmen.

Das Ziel der Verkehrsüberwachung ist aus Sicht von Frau Hofmann nachvollziehbar, sie stört sich aber an der Idee, dass das Ordnungsamt auf „Jagd“ nach Verkehrssündern geht. Aus Sicht der FDP wäre es sinnvoller, neuralgische Stellen mit stationären Maßnahmen zu überwachen.

Herr Ableiter bestätigt in bestimmten Bereichen gefährliche Geschwindigkeitsüberschreitungen. Dort sei es richtig, dass die Stadt etwas unternimmt, weil von der Polizei zu wenig überwacht wird. Diese besonderen Beschwerdegebiete sind aber keine wirklich lukrativen Zonen. Wichtig wäre es, Einzelne, besonders Auffällige, herausgreifen ohne einen Rundumschlag. Dabei sollte die Kooperation mit anderen Städten gesucht werden, um Kosten zu minimieren.

Nach Auffassung von Herrn Haupt wird es ausarten, um die Kosten wieder hereinzuholen, wie in anderen Kommunen auch. Blitzorgien und die Verfolgung von Bürgern sind in diesen Zeiten für die AfD nicht angesagt.

Herr Czerny erinnert daran, dass die Evaluierung der Maßnahmen in bestimmten Abständen mit berücksichtigt wird.

Für Frau Hofmann ist nicht klar, ob es sich um eine finale Beschlussfassung oder einen Prüfauftrag handelt.

Die Vorsitzende verliest nochmals den Wortlaut der Beschlussempfehlung, da einige Ratsmitglieder offenbar nicht ausreichend informiert sind.

Zur Übertragung der Zuständigkeit für die Verkehrsüberwachung nach § 7 Nr. 4 der LVO über die Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Straßenverkehrsrechts (StVRZustV) wegen der Überschreitung zulässiger Höchstgeschwindigkeiten innerhalb geschlossener Ortschaften auf die Stadt Speyer fasst der Stadtrat mehrheitlich (bei 3 Gegenstimmen: AfD, WGS, Oehlmann – FDP, und 1 Enthaltung: Hofmann - FDP) folgenden

Beschluss:

1. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, die Rahmenbedingungen zur Übernahme des fließenden Verkehrs weiter zu konkretisieren und dabei die personellen und finanziellen Folgen herauszuarbeiten, die sich ergeben
 - a) bei Abwicklung in Eigenregie
 - b) bei Abwicklung im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit.
2. Das Prüfergebnis ist vor der Sommerpause 2022 vorzulegen, damit eine Grundsatzentscheidung zur Übernahme der Geschwindigkeitsüberwachung erfolgen kann.

Gegenstand: Prüfung des Jahresabschlusses 2020 der Stadt Speyer

1) Feststellung des Jahresabschlusses

2) Entlastung der Oberbürgermeisterin, der Bürgermeisterin und der Beigeordneten für das Haushaltsjahr 2020

Vorlage: 0922/2021

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Als persönlich Betroffene kann kein Mitglied des Stadtvorstandes die Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt leiten. Die Sitzungsleitung soll laut § 36 Abs. 1 S. 1 GemO bei Verhinderung der OB und der Beigeordneten vom ältesten Ratsmitglied übernommen werden.

Da dieses die Sitzungsleitung im Vorfeld aber abgelehnt hat, muss der Rat nach § 36 Abs. 1 S. 3 GemO die Sitzungsleitung aus seiner Mitte wählen. Auch das zweitälteste Ratsmitglied hat eine Übernahme der Sitzungsleitung abgelehnt.

Die Vorsitzende schlägt organisatorisch als drittältestes Ratsmitglied Herrn Hans-Peter Rottmann für die Sitzungsleitung vor, der gleichzeitig auch Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses ist.

Bei allen Wahlen nach § 40 Abs. 5 GemO gilt grundsätzlich die nichtöffentliche Wahl durch Stimmzettel, es sei denn, der Stadtrat beschließt etwas Anderes. Der Stadtrat beschließt einstimmig (bei 1 Enthaltung: AfD), dass die Wahl des Sitzungsvorsitzenden für den Jahresabschluss 2020 öffentlich durch Akklamation erfolgen kann.

Anschließend wählt der Stadtrat einstimmig (bei 1 Enthaltung: AfD) Herrn Hans-Peter Rottmann für die Dauer des Tagesordnungspunktes 4 zur Sitzungsleitung.

Herr Rottmann übernimmt die Sitzungsleitung und trägt den Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses zum Jahresabschluss 2020 vor. Eine Aussprache dazu wird nicht beantragt.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses fasst der Stadtrat einstimmig (bei 1 Enthaltung: AfD) folgende Beschlüsse zum Jahresabschluss 2020 der Stadt Speyer (§ 114 Abs. 1 GemO):

1) Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2020

Der geprüfte Jahresabschluss 2020 mit allen Bestandteilen und Anlagen wird mit folgenden Abschlussergebnissen festgestellt:

Jahresfehlbetrag der Ergebnisrechnung:	- 944.040,00 €
Finanzmittelüberschuss der Finanzrechnung:	1.708.867,79 €

Schlussbilanz:

AKTIVA			PASSIVA		
	31.12.2019	31.12.2020		31.12.2019	31.12.2020
	€			€	
1. Anlagevermögen	375.942.895,95	379.553.705,15	1. Eigenkapital	74.023.565,35	73.076.066,10
2. Umlaufvermögen	44.559.369,54	44.111.583,93	2. Sonderposten	105.581.048,33	107.687.852,76
3. Ausgleichsposten für latente Steuern	0,00		3. Rückstellungen	54.910.189,72	58.142.202,22
4. Rechnungsabgrenzungsposten	1.233.233,94	1.439.450,11	4. Verbindlichkeiten	187.014.197,00	185.929.358,88
5. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00	0,00	5. Rechnungsabgrenzungsposten	206.499,03	269.259,23
Summe Aktiva	421.735.499,43	425.104.739,19	Summe Passiva	421.735.499,43	425.104.739,19

2) Entlastung der Oberbürgermeisterin, der Bürgermeisterin und der Beigeordneten

Für die Haushalts- und Wirtschaftsführung 2020 der Stadt Speyer wird

- der Oberbürgermeisterin, Frau Stefanie Seiler,
- der Bürgermeisterin, Frau Monika Kabs,
- der Beigeordneten, Frau Irmgard Münch-Weinmann (ab 01.05.2020), sowie
- der Beigeordneten, Frau Sandra Selg (ab 01.05.2020),

Entlastung erteilt.

Frau Oberbürgermeisterin Seiler, Frau Bürgermeisterin Kabs, Frau Beigeordnete Münch-Weinmann und Frau Beigeordnete Selg haben an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen. Die Sitzungsleitung erfolgte durch Ratsmitglied Hans-Peter Rottmann.

27. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 16.12.2021

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 5

Gegenstand: Beitritt Gesunde-Städte-Netzwerk;
Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 08.09.2013, ([Vorlage: 1150/2013](#))
[Vorlage: 0936/2021](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Beschluss:

Die Beschlussfassung erfolgt unter TOP 2.

Auf Empfehlung des Ausschusses für Stadtklima, Umwelt und Nachhaltigkeit in der Sitzung vom 15.12.2021 beschließt der Stadtrat den Beitritt zum Gesunde-Städte-Netzwerk, jedoch gekoppelt an eine entsprechende Stellenmehrung im Bereich kommunales Gesundheitsmanagement.

27. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 16.12.2021

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 6

Gegenstand: **Änderung des Gesellschaftsvertrages der GEWO Wohnen GmbH**
[Vorlage: 0934/2021](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt den vorgelegten Änderungen des Gesellschaftsvertrages der GEWO Wohnen GmbH einstimmig zu und empfiehlt der Gesellschafterversammlung dessen Annahme.

27. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 16.12.2021

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 7

Gegenstand: **Besetzung des Verwaltungsausschusses der Agentur für Arbeit Ludwigshafen; Neuberufung der Mitglieder aus der Gruppe der öffentlichen Körperschaften für die am 01.07.2022 beginnende 14. Amtszeit nach SGB III**
[Vorlage: 0929/2021](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 2 Gegenstimmen: AfD, F. Hinderberger – SPD):

Der Stadtrat schlägt, in Absprache mit den Städten Ludwigshafen, Frankenthal und dem Rhein-Pfalz-Kreis, **Frau Bürgermeisterin Monika Kabs** für eine weitere Amtszeit ab 01.07.2022 als Vertreterin der Stadt Speyer im Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit Ludwigshafen vor.

27. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 16.12.2021

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 8

Gegenstand: Hochwasserschutz „Am Neuen Rheinhafen“
[Vorlage: 0932/2021](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Vorsitzende verweist auf die Beratungen im Ausschuss und das Verfahren in zwei Abschnitten.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage der vorgestellten Planung zur Erreichung des Schutzzieles „Bemessungshochwasser + Freibord“, im Teilabschnitt „Schiffswerft Braun bis Ölsperre (1. Bauabschnitt)“, die Planfeststellung bei der Struktur- und Genehmigungsdirektion zu beantragen.

27. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 16.12.2021

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 9

Gegenstand: **Kostenloser Windelsack in der Stadt Speyer**
[Vorlage: 0944/2021](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig, den Antrag der Fraktionen auf kostenlose Windelsäcke aufzugreifen und beauftragt die Verwaltung, den Antrag auf Haushaltsfähigkeit zu prüfen sowie gegebenenfalls einen entsprechenden Auftrag zur Durchführung an die Entsorgungsbetriebe Speyer zu vergeben.

27. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 16.12.2021

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 10

Gegenstand: Umbesetzung von Ausschüssen

Anträge auf Ausschussumbesetzungen liegen nicht vor.

27. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 16.12.2021

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 11

Gegenstand: **Annahme und Verwendung von Spenden nach § 94 Abs. 3 GemO**
[Vorlage: 0943/2021](#)

Die Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Annahme der von der Verwaltung aufgelisteten Zuwendungen einstimmig zu.

- Gegenstand: Informationen der Verwaltung**
- **Umzug der Impfstelle in die Stadthalle**
 - **Weihnachtsgrüße**

Die Vorsitzende informiert über folgende Themen:

1. Corona-Pandemie – Impfstelle der Stadt

Nach Inbetriebnahme der kommunalen Impfstelle im ehemaligen Stiftungs Krankenhaus wird diese bereits im Januar 2022 wieder in der Stadthalle umziehen, um mehr Impfungen pro Tag zu ermöglichen. Die Unterstützung der Hilfsorganisationen erfolgt wieder durch kommunale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

2. Abschließend dankt sie den Ratsmitgliedern für die konstruktive Zusammenarbeit im zurückliegenden Jahr, verbunden mit den besten Weihnachtswünschen.

Sie gibt den Parteien mit auf den Weg, an übergeordneter Stelle für ein auskömmliches Gesundheitswesen ebenso zu kämpfen, wie sie für jeden Parkplatz in der Stadt kämpfen.

27. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 16.12.2021



27. Sitzung des Stadtrates 16.12.2021 **Stefanie Seiler**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!